

11.04.2024 17:04 Uhr

Was Sachsen nach dem Bau der TSMC-Chipfabrik erwartet

Bei einer Standortkonferenz haben sächsische Bürgermeister und Minister beraten, wie Sachsen am besten von der TSMC-Chipfabrik profitieren kann. Ein Vorbild ist Oberbayern.



Bauplatz im Dresdner Norden: Neben der neuen Bosch-Mikrochipfabrik entsteht die Fabrik ESMC, an der unter anderem TSMC und Bosch beteiligt sind.

Von Georg Moeritz

5 Min. Lesedauer

Dresden. Die angekündigte neue Mikrochipfabrik des taiwanischen Investors TSCM mit 2.000 Arbeitsplätzen soll nicht nur der Stadt Dresden nützen. Bei einer Standortkonferenz in Radebeul haben am Donnerstag Bürgermeister, Landräte und Regionalplaner beraten, wie Sachsen insgesamt von der Neuansiedlung profitieren kann. Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) verwies auf das Vorbild München: Von dessen Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahrzehnten habe die ländliche Region stärker profitiert als die engere Umgebung der Großstadt.

Hilbert baut auf die Prognose des Branchenverbands Silicon Saxony, der zufolge bis 2030 mit etwa 27.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen um Elektronik und Software zu rechnen sei. Diese Zahl gehe zwar über die tatsächlich bekannten Ansiedlungen hinaus. Aber um auf neue Betriebe und Erweiterungen vorbereitet zu sein, müssten Land und Kommunen schon die nächsten und übernächsten Schritte vorbereiten. Das vorhandene Baurecht und das Geld für die S-Bahnen reichten dafür nicht aus.

Sachsens Minister für Regionalentwicklung, Thomas Schmidt (CDU), kündigte Investitionen in zusätzliche Wohnungen, Schul- und Kitaplätze sowie neue Industriegebiete an. Konkrete Projekte nannte Schmidt nicht. Er versprach partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Kommunen und betonte mehrfach die Chancen für Sachsen. An der Tagung beteiligten sich laut Teilnehmerliste zwei Dutzend Gemeindeoberhäupter von

Nossen bis Kamenz und von Nünchritz bis Demitz-Thumitz. Schmidt sagte, der Kreis der einzubeziehenden Gemeinden müsse noch ausgeweitet werden. Die neue Großsiedlung werde weiter nach Sachsen ausstrahlen.

Wohnungsbau: 30 Minuten Fahrzeit gelten als interessant

Die Investoren erwarten laut Minister Schmidt, dass etwa die Hälfte der Beschäftigten in der neuen Fabrik aus der Region kommen wird. Die andere Hälfte werde sich neu ansiedeln. Ob für Wohnungsbau deswegen zwei- oder dreistellige Millionensummen benötigt würden, lasse sich noch nicht sagen. In der Stadt Dresden sei der Wohnungsmarkt "durchaus angespannt", sagte der Regionalentwicklungsminister, der auch für Bau zuständig ist. Auf dem Lande gibt es örtlich Leerstand, unter dem nach eigenen Angaben die Wohnungsgenossenschaften leiden.



Sachsens Regionalminister Thomas Schmidt (CDU, rechts im Bild) und Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) versprechen ganz Sachsen große Chancen durch die neue Chipfabrik. © SZ/Georg Moeritz

Hilbert sagte, eine Analyse der Wohnflächen in einem Umkreis von 30 Minuten Fahrzeit um Dresden sei geplant. Eine Investorenkonferenz könne helfen, die möglichen Geldgeber für die Immobilien miteinander ins Gespräch zu bringen. Geplant werden müsse möglichst früh: "Was wir heute nicht anfangen, werden wir in zehn Jahren nicht schaffen können", sagte der Oberbürgermeister.

An der geplanten Fabrik namens ESMC (European Semiconductor Manufacturing Company) sind außer dem Mehrheitseigner TSMC aus Taiwan auch Infineon, Bosch und das niederländische Unternehmen NXP beteiligt. Ein Teil der Belegschaft wird aus Taiwan kommen. Hilbert sagte, der Konzern sei bereit, für die Beschäftigten aus Taiwan einige Jahre lang Wohnungen zu mieten. Sie sollten in räumlicher Nähe zueinander untergebracht werden, das habe Vorteile für den Werkverkehr, aber nicht nur an einem Standort. Nahe Kitas sowie Schulplätze mit Sprachunterricht in ihrer Heimatsprache seien gewünscht.

Schulen: Dresden interessiert an Plätzen im Kreis Bautzen

Die Mikrochipfabrik braucht laut Minister Schmidt nicht nur Akademiker, "sondern auch gut ausgebildete Facharbeiter". Schmidt betonte die Bedeutung der dualen Berufsausbildung. Die Fabrik selbst werde hoch automatisiert laufen, sodass dort in einer Schicht nicht viele Menschen in der Produktion arbeiteten. Doch viele Menschen "um die Fabrik herum" müssten alles am Laufen halten, dazu gehören auch Zulieferer. Kleine Betriebe und Handwerker profitierten auch von der Neuansiedlung, sagte laut Pressemitteilung Staatskanzleichef Oliver Schenk (CDU).

Der Dresdner Oberbürgermeister verwies darauf, dass die Stadt ein neues Berufsschulzentrum Elektrotechnik plant. Die Kapazität für bisher rund 2.000 Berufsschüler reiche künftig nicht mehr aus. Die Erweiterung sei in Dresden-Prohlis vorgesehen. Hilbert erinnerte auch an laufende Gespräche mit der Gemeinde Ottendorf-Okrilla nördlich von Dresden über zusätzliche Plätze für Gymnasiasten.

Weil Hunderte Schüler aus Ottendorf-Okrilla täglich nach Radeberg und in andere Orte pendeln, wird laut Hilbert über eine Weiterentwicklung der bestehenden Oberschule um Gymnasialzüge gesprochen. Es biete sich an, dort im Kreis Bautzen auch Schüler aus Dresden zu unterrichten, denn im Dresdner Norden fehle es an Möglichkeiten zur Erweiterung. Dresden sei bereit, sich in Ottendorf-Okrilla finanziell beteiligen. Aber der Schulnetzplan sehe diese Möglichkeit noch nicht vor - über Genehmigungen müsse verhandelt werden.

Verkehr: Warnung von Kosten im Schienenverkehr

Während die wachsende Infineon-Fabrik mit demnächst 1.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen einen Straßenbahn-Anschluss hat, fahren zu Globalfoundries und in das Industriegebiet mit Bosch und seinem künftigen Nachbarn ESMC bisher nur Busse. Über eine [Verlängerung der Straßenbahnlinie 8](#) über Hellerau hinaus wird diskutiert.



Die Standortkonferenz Mikroelektronik fand nicht in Dresden statt, sondern im Tagungszentrum Alter Güterboden am Bahnhof Radebeul-Ost. © SZ/Georg Moeritz

Hilbert verwies auf den lange geplanten Ausbau der S-Bahn nach Norden mit dichtem Takt bis nach Königsbrück. Doch mit Versprechen hielt sich der Oberbürgermeister zurück und verwies auf steigende Kosten, auch fürs Personal: Bei der Finanzierung drohe ein "dramatisches Defizit".

Arbeit: Auch Magdeburg und Breslau setzen auf Chips

Die Teilnehmer der Standortkonferenz hörten die [Prognosen des Verbandes Silicon Saxony](#) vom Vorsitzenden Dirk Röhrborn und von ESMC-Chef Christian Koitzsch. Minister Schmidt sagte, außer den Fabriken kämen "definitiv Zulieferer" nach Sachsen. Die Entscheidung von TSMC lenke auch den Blick anderer Investoren auf den Standort. Schmidt erinnerte aber auch daran, dass die Automobilindustrie einen großen Umbau erlebe: Arbeitsplätze in der Produktion von Autos mit Verbrennermotoren und ihrer Lieferanten fallen weg, neue im Zusammenhang mit Elektroautos sind entstanden. Die Chip-Industrie profitiert davon, dass Autos immer mehr Elektronik enthalten.

In Magdeburg baut der US-Konzern Intel eine Mikrochipfabrik, 3.000 Arbeitsplätze sind geplant, spätere Erweiterung möglich. Minister Schmidt sagte auf die Frage nach einer Zusammenarbeit mit der Region um Magdeburg, er stehe mit Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Sven Schulze

(CDU) in engem Austausch, beide gehörten auch dem Ausschuss der Regionen in Brüssel an. Zudem müsse der Blick auch nach Polen und Tschechien gerichtet werden, die ebenfalls von der wachsenden Mikrochip-Industrie profitieren wollen. In Breslau plant Intel ein Montage- und Testzentrum mit bis zu 2.000 Arbeitsplätzen. Es soll wie ESMC in Dresden und Intel in Magdeburg im Jahr 2027 in Betrieb gehen.